



Rechtsausschuss

21. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

12. September 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:40 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Aktuelle Viertelstunde

7

zum Thema:

„Rechte auf Schöffnenlisten? Minister Biesenbach muss aufklären und schnell handeln!“

- 1 Verfassungsbeschwerde der Stadt Bielefeld und sechs weiterer Städte wegen der Verordnung zur Durchführung von Aufgaben nach dem Gesetz zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (Durchführungsverordnung Prostituiertenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen-DVO ProstSchG NRW) vom 4. April 2018, Gesetz- und Verordnungsblatt (GV. NRW.) S. 388, geändert durch Art. 3, Zuständigkeitsbereinigungsverordnung vom 6. Februar 2018, GV. NRW S. 146.**

15

VerfGH 1/8

Vertrauliche Vorlage 17/21

¹ nichtöffentlicher Teil siehe nöAPr 17/77

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, keine Stellungnahme abzugeben.

2 Leitlinien des Ministers zur Diskussion zur Reform der Juristenausbildung 16

Vorlage 17/273 (Neudruck)
APr 17/331

3 Chancen der Digitalisierung erkennen und nutzen 18

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2058
APr 17/313

Der Antrag 17/2058 wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

4 Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in Nordrhein-Westfalen – Sechstes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen 20

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2351
APr 17/299

Der Ausschuss stimmt einvernehmlich einer Verschiebung des Tagesordnungspunktes zu.

5 Stärkung der Möglichkeiten zur Strafverfolgung von Straftaten im Cyberraum 21

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2158
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3005

Der Antrag 17/2158 wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von AfD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

6 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen 23

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3005

Der Ausschuss stimmt einvernehmlich einer Verschiebung des Tagesordnungspunktes zu.

7 Öffentlichkeitsfahndungen beschleunigen – Täter schneller fassen – Potenzielle Opfer schützen 24

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3023 (Neudruck)

Der Antrag Drucksache 17/3023 wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

8 Ist der verschwundene USB-Stick mit Personaldaten der JVA Euskirchen wieder da? Stand der Ermittlungen 25

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1053

9 Erst verschwindet ein USB-Stick und dann eine Angeklagte? 27

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1054

– ohne Diskussion –

- 10 Erst verschwindet ein USB-Stick, dann eine Angeklagte und dann noch ein Häftling?** 28
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1055
- ohne Diskussion –
- 11 Aufklärung durch Minister Biesenbach in den öffentlich gewordenen angeblichen Rückfalltaten von entlassenen Sexualstraftätern dringend erforderlich** 29
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1056
- ohne Diskussion –
- 12 Stand der Stellenbesetzungen zum 31.08.2018** 30
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1057
- ohne Diskussion –
- 13 Das Landgericht Limburg verurteilt JVA-Mitarbeiter zu Bewährungsstrafe, die an einer Entscheidung zum offenen Vollzug mitgewirkt haben – Konsequenzen für NRW?** 31
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1058
- ohne Diskussion –
- 14 Überlange Untersuchungshaft – drohen nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts jetzt auch Entlassungen in NRW?** 32
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1059
- ohne Diskussion –

**15 Gewalt und Übergriffe gegenüber Gerichtsvollzieherinnen und
Gerichtsvollziehern 33**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1060

**16 Geheime Botschaften aus dem Hochsicherheitstrakt der JVA
Düsseldorf 35**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1061

17 Verschiedenes 36

– ohne Diskussion –

* * *

4 Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in Nordrhein-Westfalen – Sechstes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2351
APr 17/299

Angela Erwin (CDU) erinnert an die große Anhörung vor den Sommerferien, in der die Sachverständigen Ruhe und Muße gehabt hätten, um ihre Gedanken vorzutragen. Im Rahmen dieser Anhörung seien einige wertvolle Vorschläge zur Verbesserung des Gesetzentwurfs eingebracht worden, die derzeit kritisch geprüft würden. Seitens der Koalitionsfraktionen würden zeitnah einige Änderungen beraten und dann in Form eines Änderungsantrags vorgelegt. Im Innenausschuss werde als Erste darüber beraten.

Innenminister Reul habe im Nachgang zur Anhörung gesagt, das Sicherheitspaket I sei ein zentraler Baustein der neuen Sicherheitspolitik in NRW. Als Rechtspolitikerin lege sie daher sehr viel Wert darauf, dass das Gesetz sowie die neuen Regelungen rechtssicher, also verfassungssicher, formuliert würden und erfolgreich angewendet werden könnten.

Vor dem Hintergrund, dass die überarbeiteten Vorschläge und damit der angekündigte Änderungsantrag noch nicht vorlägen, beantrage sie die Verschiebung von TOP 4.

Hartmut Ganzke (SPD) stimmt dem Antrag auf Verschiebung zu. Allerdings habe die SPD-Fraktion eine andere Sicht auf die Dinge, als sie die Kollegin Erwin gerade vorgetragen habe. Recht habe sie allerdings mit der Äußerung, dass das Gesetz juristisch begleitet werden müsse. Der Landesregierung sei klar geworden, dass der Gesetzentwurf, wie er noch in der Sachverständigenanhörung vorgelegen habe, juristisch auf ziemlich wackeligen Füßen gestanden habe. Insofern habe man den Gesetzentwurf zurückgezogen.

Wenn nun eine Beschäftigung mit dem Gesetzentwurf erfolge, könne das juristisch nur von Vorteil sein. Wenn die Regierung dann ein verfassungsrechtlich sauberes Gesetz vorlege, das nicht Gefahr laufe, später vor den Gerichten auseinandergenommen zu werden, dann könne die Regierung davon ausgehen, dass die SPD-Fraktion sich mit dem Gesetzentwurf sehr intensiv auseinandersetzen werde.

Der Ausschuss stimmt einvernehmlich einer Verschiebung des Tagesordnungspunktes zu.

